



+++ Termin +++

Martin Schulz kommt nach Darmstadt!

Beim Neujahrsempfang der SPD am Donnerstagabend redet Martin Schulz (SPE), der Präsident des Europäischen Parlaments, im Justus-Liebig-Haus in Darmstadt. Er ist ein leidenschaftlicher Europäer und kann wie niemand sonst Europa erklären. Gerade in der aktuellen Krise zeichnet er sich durch sein klares Bekenntnis zu einem sozialen Europa aus. Er wird in seiner Rede auf die zukünftigen Herausforderungen der Europäischen Union eingehen und erläutern, warum wir eine starke, solidarische Europäische Gemeinschaft brauchen!

Sie sind herzlich eingeladen, an der Veranstaltung **am Donnerstag, den 17.1.2013 um 17.00 Uhr im Justus-Liebig-Haus**, Große Bachgasse 2 in Darmstadt teilzunehmen.

Brief aus Berlin



www.brigitte-zypries.de



direkt gewählt - direkt erreichbar

16. Januar 2013

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

der Januar hat zwar schon seinen Zenit überschritten, ich wünsche Ihnen aber gleichwohl noch ein gutes neues Jahr. Bleiben Sie vor allem gesund, behalten Sie Ihre Energie und Tatkraft – und ich freue mich, wenn Sie meine Arbeit in Darmstadt und im Landkreis Darmstadt-Dieburg weiter begleiten!

Das neue Jahr hat für die SPD ja nicht so richtig gut angefangen – wenigstens soweit es den Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück betrifft. Da waren zunächst die Redehonorare, alles rechtmäßig, korrekt versteuert und zu einem Großteil noch gespendet (wie z. B. das Honorar für den Auftritt bei der IHK in Darmstadt, das an die HSG Weiterstadt für die Jugendarbeit ging). Was das Kanzlergehalt angeht: Peer Steinbrück hat nie gesagt, die Kanzlerin müsse mehr Geld bekommen. Er hat darauf hingewiesen, dass es ein Ungleichgewicht gibt zwischen der Bezahlung bei Sparkassen-Chefs in mittelgroßen Städten und der Kanzlerin. Und das stimmt ja auch. Vollends überreizt wurde diese Pressekampagne mit der Herausgabe vertraulicher Protokolle aus Aufsichtsratssitzungen – wo aber auch nur drinsteht, dass Peer Steinbrück gesagt habe, das Erneuerbare-Energien-Gesetz müsse überarbeitet und neu ausgerichtet werden und er wolle helfen, dass die deutsche Industrie wettbewerbsfähig bleibe. Auch das ist richtig!

Unsere Aufgabe wird es sein, dem "spin" gegen Peer eine andere Richtung zu geben und die Debatte wieder auf Sachthemen zu lenken. Da hat die SPD eine Menge zu bieten: Das Papier zur Steuergerechtigkeit (Seite 3), unsere Position für bezahlbares Wohnen (im letzten „Brief aus Berlin“), die Quotenregelung und vieles mehr.

In vier Tagen ist in Niedersachsen Landtagswahl – und hier geht es für die SPD auch darum, eine Gestaltungsmehrheit im Bundesrat zu gewinnen. Ich wünsche mir, dass die SPD ein gutes Ergebnis bekommt!

Euse / Ihre Brigitte Zypries



Surfer haben Rechte Verbraucherrechte in der digitalen Welt

Das Projekt „Verbraucherrechte in der digitalen Welt“ des Verbraucherzentrale Bundesverbandes feiert diesen Monat sein dreijähriges Bestehen. Ein tolles Jubiläum, angesichts der Leistungen, die das unter www.surfer-haben-rechte.de zu erreichende Projekt für die Aufklärung von Verbrauchern leistet.

Ähnlich wie bei dem an dieser Stelle bereits vorgestellten „Info-Kompass“, finden sich auch hier wichtige **Ratsschläge zum Umgang und Verhalten im Internet**. Das Informationsangebot erstreckt sich vom Rückgaberecht bei Onlineshops bis hin zu den richtigen Einstellungen des eigenen Facebook-Accounts. Für die gute Arbeit erhielt die Seite 2010 den „Klicksafe-Preis für Sicherheit im Internet“, mit dem herausragende Leistungen zur Steigerung der Sicherheit bei der Nutzung des Internets ausgezeichnet werden.

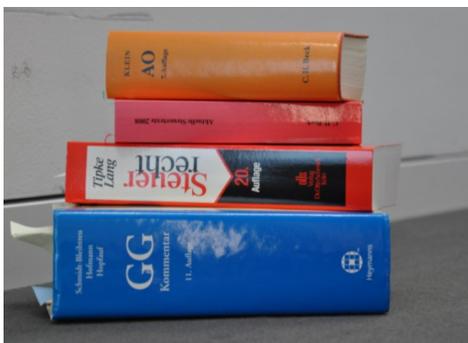
„Beschäftigtendatenschutz“ oder Dauerüberwachung am Arbeitsplatz?

CDU/CSU und FDP wollen noch im Januar ein Gesetz zum Beschäftigtendatenschutz verabschieden, und das Thema schlägt in den letzten Tagen hohe Wellen. Mit einigem Recht, denn **die Regelungen, die sich die Koalition vorstellt, greifen massiv in die Rechte der Arbeitnehmer ein. Darüber hinaus soll alles in kürzester Zeit verabschiedet werden – ohne Raum für ernsthafte inhaltliche Debatten.** Diese Zeit wäre da gewesen, schließlich hat die Koalition das Thema mehr als eineinhalb Jahre schleifen lassen. Dass jetzt schon wieder ein Gesetz so kurzfristig durchgepeitscht werden soll, erinnert unangenehm an das Verfahren beim Meldegesetz im vergangenen Sommer.

Theoretisch soll der Gesetzentwurf der Bundesregierung durch Änderungen im Bundesdatenschutzgesetz dafür sorgen, Daten von Arbeitnehmern zu schützen. Das ist ein sehr wichtiges Anliegen – auch von uns gibt es dazu einen Gesetzentwurf – allerdings hapert es gehörig bei der Umsetzung des guten Gedankens. Einige der Verschlechterungen, die der Gesetzentwurf für die Arbeitnehmer enthält, sind diese: In Räumen, die „überwiegend“ privat genutzt werden, bleibt **Videoüberwachung** zwar weiterhin verboten – also etwa auf Toiletten –, dagegen bleibt sie in „auch“ privat genutzten Räumen erlaubt. Oft sind das zum Beispiel die Pausenräume, die in vielen Betrieben gleichzeitig als Besprechungsräume genutzt werden. Ein weiterer Punkt: Insbesondere Callcenter-Mitarbeiter können unter Dauerüberwachung gestellt werden, für **Verhaltens- und Leistungskontrolle** gibt es keine zeitliche Begrenzung. Das ist inakzeptabel und außerdem mit dem von der Verfassung garantierten Recht auf informationelle Selbstbestimmung nicht vereinbar.

Wenn sich die Koalition schließlich mit ihrem Gesetzentwurf durchsetzt, bedeutet das nichts anderes als die Einführung der Vollzeitüberwachung. Was früher einmal Skandal war – wir erinnern uns an die Vorkommnisse bei Lidl, der Post oder der Bahn – würde nun legal. Es ist übrigens bemerkenswert, wie die FDP wieder einmal eingeknickt ist. Sie bezeichnet sich als Bürgerrechtspartei, hat das aber schon lange nicht mehr eingelöst!

Mit einer Forderung haben wir uns gestern glücklicherweise durchgesetzt: Von der Tagesordnung des zuständigen Innenausschusses ist der Gesetzentwurf am Dienstagnachmittag kurzfristig doch wieder abgesetzt worden – vorerst, und vermutlich nur bis zur nächsten Sitzungswoche. Ich hoffe trotzdem, dass Union und FDP nicht die notwendige Debatte zu diesem wichtigen Thema abwürgen – und dass auch die Gewerkschaften mit ihren berechtigten Einwänden Gehör finden. **Vollzeitüberwachung und versteckt angebrachte Kameras am Arbeitsplatz sind das Gegenteil von Beschäftigtendatenschutz!**



Ein Wort zum Brief aus Berlin

Der Brief aus Berlin ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis. Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürger-nah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den Brief aus Berlin an Freunde und Bekannte weitergeben. Sie können diesen Newsletter gerne über mein Büro in Berlin abonnieren: Schreiben Sie einfach eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an brigitte.zypries@bundestag.de.

V.i.S.d.P.: *Brigitte Zypries, MdB*
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Fotos S. 2 und 3: *Lukas Jakstadt*

Für mehr Steuergerechtigkeit! – Die „Braunschweiger Erklärung“ der SPD

Peer Steinbrück, Sigmar Gabriel und Stefan Weil haben am Montag in Braunschweig Ideen für mehr Steuergerechtigkeit vorgestellt. In der sogenannten „Braunschweiger Erklärung“ betonen sie: **„Wer Steuern hinterzieht, lebt auf Kosten seiner Mitbürger“**. Das stimmt! Denn von Bildung, Infrastruktur und sozialen Sicherungssystemen profitieren wir alle, und öffentliche Leistungen müssen sicher durch Steuermittel finanziert werden. Unser Steuersystem ist dabei so aufgebaut, dass diejenigen, die ökonomisch stärker sind, auch einen größeren Teil der finanziellen Last tragen. Gerechte Verteilung der Steuerlast sichert soziale Gerechtigkeit, Teilhabe für alle und die Handlungsfähigkeit des Staates. So funktioniert soziale Marktwirtschaft in einer demokratischen Gesellschaft. Wer da betrügt, schadet allen.

Steuerbetrug ist eine Straftat, kein Kavaliersdelikt. Das Problem sind dabei nicht nur die geschätzten 150 Milliarden Euro, die den öffentlichen Haushalten jedes Jahr durch Steuerbetrug entgehen, sondern auch, dass sich am Ende die Ehrlichen als die Dummen fühlen müssen... Das gilt erst recht, wenn Steuerhinterziehung im großen Stil vom Staat geduldet wird. Deshalb haben die von SPD und Grünen geführten Bundesländer das Steuerabkommen mit der Schweiz, das im Ergebnis Steuerhinterzieher begünstigt und auch künftigen Steuerbetrüglern zahlreiche Schlupflöcher gelassen hätte, im Bundesrat gestoppt.

Die „Braunschweiger Erklärung“ der SPD enthält einen Fünf-Punkte-Plan, der für **mehr Steuergerechtigkeit in Deutschland und in Europa** sorgen soll.

1. Konsequenzen für Banken, die Beihilfe zum Steuerbetrug leisten – im Ernstfall bis hin zum Lizenzentzug.
2. Aufbau einer bundesweiten Steuerfahndung – bislang ist Steuerfahndung Ländersache, die Behörden brauchen Unterstützung vom Bund.
3. Gleichmäßiger Steuervollzug in allen Bundesländern – Steuerbetrug muss riskanter und die Verfolgung zügiger werden, dafür sollen die Finanzbehörden mehr Personal bekommen.
4. Verschärfung der Verjährungsfrist für Steuerbetrug – Verstöße gegen das Steuerrecht sollen nicht mehr automatisch nach 10 Jahren verjähren.
5. Verbesserter Austausch von Informationen unter den europäischen Mitgliedsstaaten – mindestens europaweit müssen „Steueroasen“ trockengelegt werden, dafür sollen die Staaten effizienter als bisher zusammenarbeiten.

Wer sich für diese Ideen näher interessiert, kann die „Braunschweiger Erklärung“ [hier](#) herunterladen!